

zu allererst eine „planmäßige Zusammenwirkung zwischen der Beschäftigten und Unbeschäftigten“.

Nichts haben die deutschen Gewerkschaften unternommen, um die Erwerbslosen zu organisieren, um sie mit den Beschäftigten zusammenzubringen. Sie haben die Millionenmassen der Erwerbslosen ihrem Schicksal überlassen. Sie haben im Gegenteil jede Organisation der Erwerbslosen, die Erwerbslosenanschlüsse und dergleichen mit Stumpf sinn und Brutalität bekämpft.

Saben die Leipziger und Eggert vielleicht ihren Fehler eingesehen und versuchen sie nunmehr, den Kampf der Erwerbslosen zu organisieren? Keineswegs. Die Komödie des Krisenlangweiles bezweckt etwas ganz anderes.

Die Unternehmer wollen einen neuen Lohnabbau. Sie wollen die Zerstückelung des Tarifvertrages, sie wollen die Möglichkeit erhalten, untertarifliche Löhne zu zahlen. Die Unternehmer und ihre Regierung wollen die Arbeitsdienstpflicht, um eine ständige Lohnrückstapelarmee zu haben.

Und was tun die Gewerkschaftsführer? Einige Tatsachen sollen diese Frage beantworten.

Bei der Notverordnung vom 8. Dezember erklärten die Gewerkschaftsführer: Jetzt können wir nicht streiken, der Streik ist verboten, aber wir rufen zum 30. April, zum Ablauf der Tarifverträge. Der 30. April steht bevor. Die Tarife laufen ab und sind gekündigt. Die Gewerkschaftsführer aber denken nicht daran, ihr Versprechen zu verwirklichen.

Die Gewerkschaftsvertreter im Berliner Schlichtungsausschuß haben vor einer Woche für einen 10prozentigen Lohnabbau an den Berliner Bauarbeitern gestimmt. Dort hat dieser erste Lohnabbau-Schiedspruch nach der Dezemberverordnung die Bedeutung eines Präzedenzfalles.

Die Gewerkschaftsvertreter im Reichswirtschaftsrat haben eine Denkschrift unterschrieben, die die sogenannte freiwillige Arbeitsdienstpflicht fordert.

Das sind Tatsachen, die beweisen. Die Gewerkschaftsführer machen die neue Offensive der deutschen Kapitalistklasse gegen die Lohn- und Arbeitsbedingungen mit, sie unterstützen diese Offensive. Ihr Arbeitsbeschaffungsschwindel, der als Wuchschwindel dient, soll genau so wie der Preisabbauschwindel die Welle des Lohnabbaues durchzuführen helfen.

Der Kongreß soll — so sagen die Gewerkschaftsführer — bei der Regierung, bei der herrschenden Klasse „die Einsicht in die Notwendigkeit und Möglichkeit der Arbeitsbeschaffung erzeugen“. Man rednet auf Markt und Pflanz aus, wie die Gelder für Arbeitsbeschaffung angeblich gefunden werden können, ohne den Kapitalisten wehe zu tun und ohne die Währung zu gefährden. Hat die Brüningregierung, als sie eine Milliarde Mark den Bankkapitalisten in den Taschen schmiß, solche Rechnungen aufgestellt? Für das Bankkapital, für die Industriellen, für die „grüne Front“, ist Geld in Hülle und Fülle da. Nur für die Erwerbslosen ist keins da.

Mit Erzeugung von Einsicht bei dem Klassenfeind kann man wenig anfangen. Der Klassenregner verleiht nur eine Sprache, die Sprache des Kampfes, des Widerstandes.

Der gestrige Abends „Vorwärts“ bringt eine Polemik gegen uns, mit der höhnisch sein sollenden Ueberschrift: „Arbeitsbeschaffung oder Streik?“ Sie spotten ihrer selbst und wissen nicht wie. Selbstverständlich kann man Arbeitsbeschaffung genau so wie verschiedene andere Konzeptionen nur durch Kampf erzwingen, wobei der Streik eine der wirkungsvollsten Formen des Klassenkampfes ist.

Nicht durch „Erzeugung von Einsicht“, sondern nur durch Kampf kann man eine Milderung der Lage der Erwerbslosen erreichen. Das ist der grundsätzliche Unterschied zwischen allen Arbeitsbeschaffungsplänen der Bourgeoisie und der Reformisten einerseits und den Arbeitsbeschaffungsfordernissen der KPD. andererseits. Nicht Einsicht des Klassenfeindes, sondern die Kraft der proletarischen Klasse — das ist der Tenor der Arbeitsbeschaffungsfordernisse der KPD.

Der „Krisenkongreß“ soll der „Eisernen Front“ die fehlende Barock für die Preisermäßigungen verschaffen. Nach den Wahlen werden von dem ganzen „Arbeitsbeschaffungsplan“ bestenfalls einige zehntausende Arbeitsdienstpflichtler verbleiben. Die Klassenbewusste Arbeiterklasse muß alles daransetzen, um dieses neue Betrugsmanöver zu durchkreuzen.

Wir antworten auf das neue Manöver der Gewerkschaftsführer mit der Vereinfachung unserer Arbeit zur Mobilisierung der Arbeiterkraft im Betrieb, in der Gewerkschaft, auf der Stempelstelle.

Gepöpstelt von der Krise, wird die deutsche Bourgeoisie in diesem Sommer versuchen, den Tarifvertrag zu zerbrechen und den Kampf für die Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen betrieblich und abteilungsweise zu führen. Der Kampfboden wird nunmehr von der Bourgeoisie selbst in die Betriebe verlegt. Wir, die Anhänger der revolutionären Gewerkschaftsopposition, müssen daraus die Konsequenzen ziehen, wir müssen den Widerstand in Betrieb und Abteilung organisieren. Keine Manöver der Reformisten können uns von dieser zentralen Aufgabe ablenken.

Der „Krisenkongreß“ ist eine Mahnung. Der Feind und seine Hilfsmittel manövrieren, bereiten einen neuen Schlag vor. Die Klassenbewusste Arbeiterklasse muß antworten mit der Schaffung der proletarischen Einheitsfront, mit der Organisation des proletarischen Widerstandes. In diesem Zeichen rufen wir zum Reichserwerbslosentag am 19. April!

Unser Vorstoß

auf die Betriebe und Stempelstellen

Die „Rote Fahne“ setzt in der Kampagne zu des Preußenwahlen ihre Wendung zu den Betrieben und Stempelstellen fort. Wir erscheinen:

- Heute als Sondernummer für Eisenbahn und Häfen;
- morgen als Sondernummer für Bauarbeiter;
- am 15. April als Sondernummer für Bauern und Landarbeiter (gleichzeitig Metallgroßbetriebe);
- am 16. April als Sondernummer für Gas- und Elektrizitätswerke und Krankenhäuser;
- am 17. April als Sondernummer für Erwerbslose;
- am 19. April als Sondernummer für die Osrabetriebe;
- am 20. April als Sondernummer für Warenhaus- und Bankangestellte;
- am 21. April als Sondernummer für Post- und Telegraphenämter;
- am 22. April als Sondernummer für Erwerbslose.

Tragt die „Rote Fahne“ in alle Betriebe und an die Stempelstellen! Gebt sie von Hand zu Hand täglich weiter! Werbt neue Abonnenten in der Wahlkampagne!

Bereitet in allen genannten Betrieben die beste Verbreitung der kostenlosen Extrasummern vor!

Braune Feme gegen die SA.-Führer

Naziführer organisieren Mordkommando gegen Hauptmann Köhm und seinen Stab — So steht es im Sumpf der Nazizentrale aus! — Anführer Major und M. d. R. Buch nicht verhaftet

München, 12. April. (Sig. Ber.) Eine sensationelle Rememordaffäre ist in München aufgedeckt worden. Von höchster Seite der Hitlerpartei ist ein Rememorkommando organisiert worden, das gegen die SA.-Führer Stabschef Köhm, seinen außerpolitischen Mitarbeiter Bell und den Chef der Nachrichtenabteilung Graf Dumoulin eingesetzt wurde. Alle drei sollten als unbedeutende Mitarbeiter wichtiger Geheimnisse erwidert und der Mord dann den Kommunisten zur Last gelegt werden.

Ein Teil der gedungenen Werkzeuge ist bereits verhaftet. Es handelt sich um den bekannten Halenkreuzführer Leinwand Schweißler, der schon an der Ermordung des NSD.-Führers Hareis 1928 beteiligt war. Weiterhin der Fabrikant Danz, Eisen aus München-Gaim, der dem Rememorkommando als Schlichter dienen sollte. Von der insgesamt sechs Verhafteten nennt die Münchener Polizei nur noch das NSD.-Mitglied Horn.

Entscheidend ist die Tatsache, daß der Vorsitzende des Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses innerhalb der NSD. (Möhl), der Reichstagsabgeordnete Major a. D. Buch, das Rememorkommando organisiert und zu

weiterem Beschlempfang nach München beordert hatte. Buch ist bis auf den heutigen Tag nicht verhaftet.

Die Halenkreuz-Presse ist außerordentlich betreten über diese Tatsache. Sie läßt durch ihre „Lügenabwehrstelle“ erklären, daß an den obigen Mitteilungen kein Wort wahr sei. Aber gleichzeitig veröffentlicht Bell, der Spießgeselle Köhms, eine Erklärung, die Wort für Wort das Vorhandensein des Rememorkommandos und die Mordabsichten gegen Köhm usw. bestätigt.

Werkfähige Nationalsozialisten und SA.-Leute! So steht es in eurer Partei- und SA.-Führung aus! Keiner eurer Bongen traut dem anderen. Der eine organisiert Anschläge gegen den Nebenbuhler und Rivalen. Dieser Zustand ist typisch für einer Führerhaufen, der nicht um einer Idee willen, sondern im Solde der Schwerindustrie kämpft.

Im übrigen wird schon eifrig versucht, diese für Hitler höchst peinliche Affäre zu vertuschen, das dürfte bei den vielen Querverbindungen der Nazis zur Polizei und Justiz gar nicht so schwerfallen und ist ein Beweis mehr dafür, daß der Kampf gegen die krüppellosen Verbrecher im Braune Haus nur von der roten Einheitsfront der Arbeiter durchgeführt werden kann.

SPD-Übertritte zu Hitler, von A bis Z erlogen!

In sensationeller Aufmachung berichtet der gekrigte Abend-„Vorwärts“ auf der ersten Seite zweispaltig, daß „in Blankenburg a. S. am Montag die meisten kommunistischen Funktionäre der dortigen Ortsgruppe den Antrag an die Nazis um Aufnahme stellten. Die Nazis haben die Tölpel mit offenen Armen aufgenommen“. Die Moskewitz- und Ulsteinspresse hat die Meldung ebenfalls gebracht.

Wir haben uns, obwohl wir nicht daran zweifeln, daß die Meldung erlogen war, der Ordnung halber an unsere kommunistischen Genossen in Blankenburg gewandt. Das Resultat war selbstverständlich:

Nicht ein einziger kommunistischer Funktionär hat einen derartigen Antrag gestellt. Nicht ein einziger ist zu Hitler übergegangen. Die ganze Ortsgruppe Blankenburg steht, ebenso

wie die übrigen Braunschweiger Parteiorganisationen, in Treue und Loyalität gegen die NSDAP. treu zur kommunistischen Partei.

Übertritte zu den Nazis sind ja das Privileg der SPD-Führer, wie des Dresdener Bürgermeisters Bührer und des Amtshauptmanns von Mecklenburg. Gerade Braunschweig hat ja der ganzen Welt gezeigt, wer wirklich gegen die Hitler-Faschisten kämpft. Und da stellte sich sehr schnell heraus, daß die reformistischen Bongen um ihrer Posten willen im Parlament einige Redensarten machen, während die Kommunisten — immer unter Sabotage der SPD-Führer — praktisch in den Betrieben den Streikkampf und auf den Straßen die wirkungsvolle proletarische Abwehr gegen die braune Mordpest organisieren.

SPD-Arbeiter mit uns gegen Nazimörder

Protestkundgebung in Glienicke — Nur der gemeinsame Kampf schlägt die braune Mordpest

Gestern Abend fand in Glienicke eine Protestkundgebung gegen die Ermordung des Genossen Gerhard Weiß durch einen Nazihandlitten statt, an der etwa 100 Arbeiter teilnahmen. Unter den Arbeitern, die sich in sehr erregter Stimmung befanden, waren auch zahlreiche Reichsbannermitglieder und sozialdemokratische Arbeiter.

Der große Beifall, mit dem die Reden der Vertreter der KPD. und der Roten Hilfe aufgenommen wurden, ließ deutlich erkennen, daß auch die SPD-Arbeiter durch die Vorgänge in Glienicke verstanden haben, daß erst das Sezering-System den SA.-Banden in Preußen den Weg gebahnt hat. Die Versammelten bildeten einen Ausschuß zur Untersuchung der Mordtat. Der des Mordes verdächtige flüchtige Förstersohn Georg Janowski soll in Bergfelde verhaftet worden sein.

Die Arbeiter in Glienicke und ganz Deutschland müssen erkennen, daß nur der gemeinsame Massenfeindkampf der kommunistischen, sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter die braune Mordpest zurückschlägt.

Während die SPD-Führer lügen: „Der Faschismus ist gescheitert!“ morden die Nazihandlitten ungehört weiter und sind nach dem 10. April noch frecher als vorher. Am Wahltag wurden der kommunistische Genosse Weiß in Glienicke, der Reichsbannermann Pauls in Bremen und ein parteiloser Arbeiter in Essen von Nazis ermordet.

Ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit fallen die proletarischen Opfer der Nazipest, die die SPD-Führer mit ihrer Notverordnungspolitik großgelächelt haben. Ohne Unterschied ihrer Parteizugehörigkeit müssen sich auch die Arbeiter in der roten Einheitsfront zusammenschließen, wenn sie den Hitlerfaschismus und die ganze Reaktion wirklich schlagen wollen!

Keine Klage wegen Borheim!

Die Telegraphenunion verbreitet folgende bezeichnende Meldung:

Leipzig, 12. April. Verschiedene Zeitungen berichten, daß das Verfahren gegen Dr. Bell in der sogenannten Borheim- Angelegenheit abgeschlossen sei und daß demnächst Anklage wegen Hochverrats erhoben werde. Diese Nachricht trifft nicht zu.

Über ...

Eberswalde, 12. April. Unter Vorsitz von Landgerichtsdirektors Hoffmann aus Prenzlau begann am Dienstag vor dem Eberswalder Schöffengericht ein umfangreicher Prozeß, in dem 38 Angehörige der kommunistischen Partei wegen schweren Landfriedensbruchs angeklagt sind.

Arbeiterfrauen aus der Sowjetunion zurück

Gestern Abend fand in den Muster-Sälen eine ausgezeichnete Begrüßungsversammlung der aus der Sowjetunion zurückgekehrten Frauen-Delegation statt. Es waren insgesamt 18, meist Betriebsbelegierte, aus Spanien, England, Tschekoslowakei, Holland und Deutschland.

Ihre begeisterten Berichte vom streitigen Fünfjahrplan und dem sozialistischen Aufbau waren die besten Antworten auf die Lügenmeldungen des „Vorwärts“ und der übrigen bürgerlichen Presse.

Ihr Gedöns, die Wahrheit über die Sowjetunion in die Betriebe zu tragen und ihr Appell, die Kriegsproduktion in den kapitalistischen Ländern mit allen Mitteln zu verhindern, täten wahre Beifallsstürme aus. Bei Redaktionschluss dauert die Veranstaltung noch an.

„Ist der Staat wirklich so schwach?“

Die bürgerliche Presse zum Scheringer-Urteil

Das barbarische Urteil im Scheringer-Prozeß wird in der bürgerlichen Presse viel und teilweise sehr kritisch besprochen. Vom „Vorwärts“ natürlich nicht. Der meldet in lakonischer Kürze das Urteil und findet kein Wort der Kritik. Im Gegenteil, er ist durchaus einverstanden.

Das „Berliner Tageblatt“ schreibt unter der Ueberschrift „Eine harte Strafe“:

„Ist der Staat, zu dessen Schutz die Strafbestimmungen über Hochverrat erlassen sind, wirklich so schwach, daß er schon die Gefinnungen als Handlungen bestrafen muß, wenn sie nicht mehr im stillen Kämmerlein empfunden, sondern in einem Brief oder in einer Broschüre geäußert werden?“

Die „Frankfurter Zeitung“ fragt, ob „wenn auch Privatbriefe hochverräterischen Inhalts bestraft werden“, der Oberreichsanwalt sich endlich auch mit dem beschlagnahmenen Material beschäftigen werde?

Die „Wosilische Zeitung“ polemisiert gegen die Ausführungen der Urteilsbegründung, in denen Scheringer als „unreife“ und „überheblich“ beschimpft wird:

„Nur einem sehr oberflächlichen Menschen kann dieser Weg (von ihm über Leipzig und das Braune Palais bis zum Karl-Liebknecht-Haus) als der eines haltlosen, unreifen Menschen erscheinen ... Wir glauben, dem Reichsgericht versichern zu können, daß es keineswegs nur ein paar Duzend von jungen Menschen sind, die in der Not dieser Zeit nach neuen Wegen suchen und die dabei auch vor dem Gedanken einer gewalttätigen Aenderung des Staatsgefüges nicht zurücktreten.“